

Niederschrift

über die 13. Sitzung (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften
am Mittwoch, **16.08.2006**, 17:07 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Frau Sybille Benning (als Vertretung für Herrn Markus Funk), Herr Georg Berding, Herr Heinz Georg Buddenbäumer (bis TOP 6.2), Frau Elfriede Dalla Riva-Hanning, Herr Rudolf Klein, Frau Marliese Kosmider (als Vertretung für Herrn Robert Otte), Herr Josef Messing, Frau Ursula Möllers, Herr Andreas Nicklas (zu TOP 6.3 als Vertretung für Herrn Heinz-Georg Buddenbäumer), Frau Helga Welker, Frau Simone Wendland,

von der SPD-Fraktion

Herr Alexander Bercht, Herr Philipp Gabriel (als Vertretung für Herrn Dr. Michael Jung), Herr Ralf Hubert, Frau Marianne Koch, Frau Gabriele Kubig-Steltig, Herr Udo Reiter,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Herr Heribert Klas, Herr Jörn Möltgen, Herr Carsten Peters, Frau Dr. Rita Stein-Redent,

von der FDP-Fraktion

Herr Wolfgang Klein (als Vertretung für Frau Carola Möllemann-Appelhoff), Herr Hans Varnhagen,

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Herr Gerd Kersting,

von der Verwaltung

Herr Karl-Heinz Althues, Herr Hartmut Bartmann, Herr Thomas Becher, Frau Helga Bickeböller, Herr Gerhard Löhr, Herr Dr. Norbert Ohlms, Herr Frank Osterhoff, Herr Karl-Heinz Ottenhus, Herr Alfons Reinkemeier, Herr Bernd Schirwitz, Herr Michael Tegtmeier, Herr Volker Theil, Herr Andreas Tschöpe, Herr Franz Winter,

für die Schriftführung

Herr Frank Möller,

als Gast

Herr René Dopheide (z. Zt. Rechtsreferendar im Finanzdezernat).

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 13. Sitzung (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 16.08.2006

Tagesordnung:

- | | |
|---------------------------|---|
| | 1. Festsetzung der Tagesordnung |
| | 2. Eingänge und Mitteilungen |
| | 3. Haushaltssteuerung und Finanzcontrolling |
| <u>V/0579/2006</u>
OBM | 3.1. Haushaltskonsolidierungsprogramm 2007 bis 2010, Abschlussbericht der Firma Rödl & Partner GbR "Beratung und Begleitung der Stadt Münster bei der Konsolidierung des städtischen Haushalts 2007 ff" |
| <u>V/0560/2006</u>
II | 3.2. Über- und außerplanmäßige Mittelbereitstellungen und Verpflichtungsermächtigungen im 2. Vierteljahr 2006 |
| <u>V/0581/2006</u>
V | 3.3. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur überplanmäßigen Mittelbereitstellung bei den Haushaltsstellen für die Hilfe bei Krankheit, Sterilisation und Familienplanung im Rahmen des Sozialgesetzbuches Zwölftes Buch
a) 4130.730.0000.X Leistungen außerhalb von Einrichtungen und
b) 4130.740.0000.1 Leistungen innerhalb von Einrichtungen |
| | 4. Beteiligungsmanagement/-controlling |
| <u>V/0589/2006</u>
II | 4.1. Jahresabschluss 2005 der GML Gewerbepark Münster-Loddenheide GmbH (GML GmbH)
Bestellung des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 2006 |
| | 5. Sonstige finanzwirtschaftliche Angelegenheiten |
| <u>V/0464/2006</u>
II | 5.1. Überführung des städtischen Tiefbauamtes in eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR) |
| <u>V/0572/2006</u>
IV | 5.2. Vertragsverlängerung zur Überlassung des Städtischen Preußen-Stadion an den SC Preußen 06 Münster e. V. |
| <u>V/0447/2006</u>
VI | 5.3. Erweiterung Bauspielplatz Feldstiegenkamp |
| | 6. Liegenschaften |
| <u>V/0520/2006</u>
III | 6.1. Zentrumserweiterung südlich der St. Anna Kirche in Mecklenbeck |

<u>V/0563/2006</u> II	6.2.	Gestaltung des Seihofteiches im Baugebiet Roxel-Nord
<u>V/0613/2006</u> II	6.3.	Sachstand City-Projekt "Stubengasse + Umfeld"
	7.	Verschiedenes

Der Ausschussvorsitzende, Herr Ratsherr Reiter, eröffnete die 13. Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften um 17.07 Uhr.

Punkt 1 der Tagesordnung

Festsetzung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde ohne Änderungen festgesetzt. Herr Ratsherr Reiter wies aber darauf hin, dass man bei den Tagesordnungspunkten 3.1 und 5.1 klären solle, ob die jeweiligen Vorlagen gegebenenfalls geschoben werden sollen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Eingänge und Mitteilungen

1. Grundstücksmarktbericht 2005

Herr Tegtmeier stellte den Mitgliedern des Ausschusses den Grundstücksmarktbericht des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in der Stadt Münster vor. Die vorgestellten Folien sind der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt. Der Ausschuss nahm die Ausführungen mit Interesse zur Kenntnis.

2. Auslegung der Jahresrechnung 2005 und des Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsausschusses

Frau Stadtkämmerin Bickeböller informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass nach Beschluss des Rates der Stadt Münster über die Jahresrechnung der Stadt Münster für das Haushaltsjahr 2005 und die Entlastung gem. § 94 Abs. 1 GO NW am 21.06.2006 die Jahresrechnung 2005 mit dem Rechenschaftsbericht in der Zeit vom 03.07. bis 11.07.2006 zur Einsichtnahme ausgelegt habe. Der Schlussbericht des Rechnungsprüfungsausschusses (allgemeiner Berichtsband) konnte ebenfalls eingesehen werden. Vom Recht der Einsichtnahme wurde kein Gebrauch gemacht.

3. Förderquote der Stadt Münster im Bereich Städtebauförderung

Frau Bickeböller teilte mit, dass das Innenministerium NRW die Stadt Münster 2006 als finanzstarke Kommune eingestuft habe. Dies habe nach Auskunft der Bezirksregierung im Bereich Städtebauförderung Abschlüsse auf die zu erwartende Förderquote von ca. 20 % zur Folge. Dieser Abschlag soll auf alle im Jahr 2006 zu erwartenden Bewilligungen angewendet werden. Bereits bewilligte Maßnahmen seien davon nicht betroffen.

4. Verfassungsbeschwerde gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2006

Frau Bickeböller führte aus, dass die Stadt Münster gemeinsam mit 19 weiteren nordrhein-westfälischen Kommunen Verfassungsbeschwerde gegen das vom Land NRW beschlossene Gemeindefinanzierungsgesetz 2006 eingelegt habe. Die Kommunen wehren sich u. a. dagegen, dass zukünftig die sog. Spitzabrechnung entfallen soll und dadurch der kommunale Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit nur noch auf Grundlage der jeweiligen Gewerbe-

steuereinnahmen und nicht wie bisher auf Basis der gesamten Finanzkraft der Kommunen berechnet werden soll. Diese Neuregelung belaste gewerbesteuerstarke Kommunen wie Münster unverhältnismäßig hoch.

5. Grundsteuer-Widersprüche

Frau Bickeböller legte dar, dass die vor dem Bundesverfassungsgericht anhängige Beschwerde zur Verfassungsmäßigkeit der Grundsteuer vom Gericht nicht zur Entscheidung angenommen worden sei. Bei der Stadt waren gegen die Grundsteuerbescheide etwa 1000 Widersprüche eingegangen. Da der Beschluss des Verfassungsgerichts unanfechtbar ist, seien alle unter Verweis auf die Verfassungsbeschwerde eingelegten Widersprüche unbegründet.

6. Stand des Genehmigungsverfahrens der Netznutzungsentgelte Strom und Gas

Frau Bickeböller informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass – wie bereits in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften am 10. Mai berichtet – die Bundesnetzagentur und die Landesregulierungsbehörde die Anträge für Strom- und Gasnetzentgelte u. a. der Stadtwerke Münster GmbH prüfen. Wegen der geplanten restriktiven Vorgehensweise der Behörden hatte Herr Oberbürgermeister Dr. Tillmann ebenso wie zahlreiche andere Bürgermeister Bundeswirtschaftsminister Glos angeschrieben. Als Ergebnis dieser Aktion sei festzuhalten, dass ein Teil der städtischen bzw. der Stadtwerke-Forderungen, nämlich die Wiederanerkennung des Ansatzes der kalkulatorischen Gewerbesteuer, erfüllt werden. Gleichwohl hat die Bundesnetzagentur mittlerweile für vier Energieversorgungsunternehmen für deren Stromnetznutzungsentgelte Genehmigungen erteilt und dabei Kürzungen der Entgelte zwischen 8 und 18 % vorgenommen. Die Stadtwerke Münster rechnen damit, dass ihre Stromnetznutzungsentgelte zum 01.10.2006 genehmigt werden. In welcher Höhe hier Kürzungen vorgenommen werden und wann die Gasnetznutzungsentgelte genehmigt werden, ist noch nicht absehbar.

Außerdem wies Frau Bickeböller darauf hin, dass ab 01.01.2008 die sog. Anreizregulierung eingeführt werden solle. Dann müssten alle Versorgungsunternehmen ihre Netzkosten jährlich um einen festen Prozentsatz reduzieren. Darüber hinaus solle noch ein individueller jährlicher Kostensenkungsfaktor von der Bundesnetzagentur festgelegt werden, der anhand von Benchmarking-Untersuchungen ermittelt werde.

7. Aktuelle Haushaltsentwicklung

Frau Bickeböller gab folgende Hinweise zur aktuellen Haushaltsentwicklung: Auf der Einnahmenseite habe das Gewerbesteueraufkommen bis zum Juli dieses Jahres einen günstigen Verlauf genommen. Während der Haushaltsansatz bei 215 Mio. Euro liege, seien bis Juli rund 260 Mio. Euro veranlagt worden. Da das Aufkommen unterjährig relativ starken Schwankungen unterliege, könne sich das Aufkommen bis Jahresende noch weiter positiv oder auch negativ entwickeln. Bei den gerade genannten Werten handele es sich um „Brutto-Werte“, von denen noch die an Bund und Land zu leistende Gewerbesteuerumlage abziehen sei. Bei Gewerbesteuerereinnahmen von 260 Mio. Euro betrage die Umlage rund 44 Mio. Euro, so dass dem städtischen Haushalt ein „Netto-Betrag“ von 216 Mio. Euro zufließen würde.

Beim diesjährigen guten Gewerbesteueraufkommen seien allerdings auch verschiedene Einmalzahlungen zu berücksichtigen. Diese Einmalzahlungen erhöhten lediglich in diesem Jahr und nicht dauerhaft das Gewerbesteueraufkommen und resultierten beispielsweise aus Betriebsprüfungen des Finanzamtes für zurückliegende Abrechnungsjahre. Allein diese Einmalzahlungen belaufen sich 2006 auf rund 40 Mio. Euro, mit denen man zu Beginn des Haushaltsjahres nicht rechnen konnte. Frau Bickeböller wies darauf hin, dass im Zuge der Einführung des NKF künftig Rückstellungen für mögliche Gewerbesteuerrückerstattungen zu bilden sein werden.

Die gute Entwicklung bei der Gewerbesteuer könne aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Stadt weiterhin einen strikten Sparkurs verfolgen müsse, um das Ziel, das strukturelle Defizit abzubauen, zu erreichen. Dies liege zum einen an den oben bereits erwähnten Einmaleffekten, aber auch an zusätzlichen Belastungen auf der Einnahmen- und Ausgaben-seite in diesem Jahr und in den Folgejahren. Allein im Sozialbereich müssten in 2006 überplanmäßig 3,34 Mio. Euro für die Krankenhilfe bereitgestellt werden, darüber hinaus zeichnen sich weitere Verschlechterungen in Höhe von weiteren 7 Mio. Euro ab. Die Ausgaben für den Ausbau des Kita-Bereichs/u3-Programms belaufen sich bis 2010 auf rund 30 Mio. Euro, ohne dass die vom Bund seinerzeit versprochenen Einsparungen aus ‚Hartz IV‘ Wirklichkeit geworden wären. Sollte die oben angesprochene Klage (vgl. Punkt 4 der Mitteilungen) gegen das Gemeindefinanzierungsgesetz 2006 keinen Erfolg haben, müsste ab 2008 mit Mindereinnahmen von über 10 Mio. Euro gerechnet werden. Außerdem habe die Stadt in diesem Jahr Vermögensverkäufe in der Größenordnung von 30 Mio. Euro und eine Rücklagenauflösung von 5 Mio. Euro zur Stützung des Verwaltungshaushaltes eingesetzt. Weitere Unsicherheiten im „Konzern Stadt Münster“ ergeben sich aus der Überprüfung der Netznutzungsentgelte bei den Stadtwerken durch die Bundesnetzagentur, die zu einer geringeren Ausschüttung an die Stadt ab dem kommenden Jahr führen könnten (vgl. Punkt 6 der Mitteilungen).

Darüber hinaus relativiere ein Blick auf den Schuldenstand die gute Gewerbesteuerentwicklung: Selbst wenn die erfreuliche Entwicklung bis zum Jahresende anhielte, könne allenfalls die Nettoneuverschuldung (rund 60 Mio. Euro), nicht aber der Schuldenstand i. H. v. rund 700 Mio. Euro reduziert werden. Zwar konnte in den letzten Jahren durch ein geeignetes Schuldenmanagement die Zinsbelastung des Haushaltes verhältnismäßig niedrig gehalten werden, jedoch gebe die Stadt zur Zeit knapp 30 Mio. Euro allein an Zinszahlungen aus. Insbesondere angesichts aktuell wieder steigender Zinssätze auf dem Geld- und Kapitalmarkt sollten die Steuermehreinnahmen deshalb nicht für konsumtive Zwecke, sondern dringend für die Senkung der Verschuldung genutzt werden.

Punkt 3 der Tagesordnung	Haushaltssteuerung und Finanzcontrolling
Punkt 3.1 der Tagesordnung V/0579/2006	Haushaltskonsolidierungsprogramm 2007 bis 2010, Abschlussbericht der Firma Rödl & Partner GbR "Beratung und Begleitung der Stadt Münster bei der Konsolidierung des städtischen Haushalts 2007 ff"

Herr Rats Herr Klas brachte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL folgenden Änderungsantrag ein:

„Der Rat möge beschließen:

1. wie Vorlage
 - 1.1 wie Vorlage
 - 1.2 wie Vorlage
 - 1.21 wie Vorlage
 - 1.22 wie Vorlage
 - 1.23 **streichen**
 - 1.24 (neu): **Die Verwaltung ergänzt die Produktliste mit vermuteten Sparpotentialen um eine Auflistung der Produkte, die entweder nicht geprüft oder als kürzungsresistent eingeschätzt wurden. Des Weiteren erläutert die Verwaltung alle die Hinweise bei den Einzelvorschlägen Nr. 1 – Nr. 246, bei denen es heißt, dass Teile des Sparpotentials bereits von der Verwaltung umgesetzt werden.**
 - 1.3 wie Vorlage

2. wie Vorlage
 - 2.1 wie Vorlage
 - 2.2 wie Vorlage
 - 2.3 wie Vorlage
3. wie Vorlage“

Nach kontroverser Diskussion stellte Herr Ratsherr Bercht den Antrag, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss / Rat zu schieben. Der Ausschussvorsitzende, Herr Ratsherr Reiter, ließ über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmte dem Antrag einstimmig zu, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss / Rat zu schieben.

Punkt 3.2 der Tagesordnung V/0560/2006	Über - und außerplanmäßige Mittelbereitstellungen und Verpflichtungsermächtigungen im 2. Vierteljahr 2006
---	--

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften nahm den Bericht ohne Aussprache zur Kenntnis.

Punkt 3.3 der Tagesordnung V/0581/2006	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung zur überplanmäßigen Mittelbereitstellung bei den Haushaltsstellen für die Hilfe bei Krankheit, Sterilisation und Familienplanung im Rahmen des Sozialgesetzbuches Zwölftes Buch a) 4130.730.0000.X Leistungen außerhalb von Einrichtungen und b) 4130.740.0000.1 Leistungen innerhalb von Einrichtungen
---	---

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften empfahl dem Rat einstimmig, die folgende Beschlussfassung anzunehmen:

Sachentscheidung:

Die anliegende Dringlichkeitsentscheidung wird gem. § 60 Abs. 1 Satz 3 GO NW genehmigt.

Kosten/Folgekosten

s. anliegende Dringlichkeitsentscheidung

Finanzierung/Mittelbereitstellung

s. anliegende Dringlichkeitsentscheidung

Punkt 4 der Tagesordnung	Beteiligungsmanagement/-controlling
---------------------------------	--

Punkt 4.1 der Tagesordnung V/0589/2006	Jahresabschluss 2005 der GML Gewerbepark Münster-Loddenheide GmbH (GML GmbH) Bestellung des Abschlußprüfers für das Geschäftsjahr 2006
---	---

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschloss ohne Aussprache einstimmig:

Sachentscheidung:

1. Die Bilanz, die Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Lagebericht der Geschäftsführung der GML Gewerbepark Münster-Loddenheide GmbH für das Geschäftsjahr 2005 (**Anlage 1-3**) werden zur Kenntnis genommen.
2. Weiter wird zur Kenntnis genommen, dass dem Jahresabschluss der GML Gewerbepark Münster-Loddenheide GmbH vom beauftragten Wirtschaftsprüfer der uneingeschränkte Besätigungsvermerk erteilt wurde.
3. Die Stadt Münster ermächtigt den Vertreter in der Gesellschafterversammlung der GML Gewerbepark Münster-Loddenheide GmbH folgende Entscheidungen zu treffen:
 - a) Der Jahresabschluss der GML GmbH für das Geschäftsjahr 2005, abschließend
in der Bilanz bei Aktiva und Passiva mit 25.566.694,48 €
sowie einem in der Gewinn- und Verlustrechnung
ausgewiesenen Fehlbetrag von 951.127,54 €
wird festgestellt.
 - b) Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2005 Entlastung erteilt.
 - c) Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 951.127,54 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
4. Zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss zum 31.12.2006 wird die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Pinnekamp Engel Winkelnkemper KG bestellt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Sonstige finanzwirtschaftliche Angelegenheiten

Punkt 5.1 der Tagesordnung V/0464/2006

Überführung des städtischen Tiefbauamtes in eine Anstalt des öffentlichen Rechts (AöR)

Herr Ratsherr Klas legte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL einen Fragenkatalog vor und bat um Beantwortung der Fragen bis zur Hauptausschuss-/Ratssitzung. Gleichzeitig regte er eine Stellungnahme des Personalrates zur Überführung des Tiefbauamtes in eine Anstalt des öffentlichen Rechts ebenfalls bis zur Hauptausschuss-/Ratssitzung an.

Anschließend stellte Herr Ratsherr Reiter den Antrag, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss / Rat zu schieben und ließ über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften stimmte dem Antrag einstimmig zu, die Vorlage ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss / Rat zu schieben.

Punkt 5.2 der Tagesordnung V/0572/2006

Vertragsverlängerung zur Überlassung des Städtischen Preußen-Stadion an den SC Preußen 06 Münster e. V.

Nach Klärung einer Frage durch die Verwaltung empfahl der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften dem Rat einstimmig, die folgende Beschlussfassung anzunehmen:

Sachentscheidung:

1. Der Vertrag zur Überlassung des Städtischen Preußen-Stadion an den SC Preußen 06 e.V. Münster wird für die Zeit vom 01.09.2006 bis zum Ende der Meisterschaftssaison 2006/2007 (30.06.2007) verlängert.

2. Der bisher gezahlte Betriebskostenzuschuss für den Betrieb und die Unterhaltung des Vertragsgegenstandes wird um 5 % gekürzt und dem SC Preußen 06 e. V. Münster mit einem jährlichen Betrag von 167.187,00 € zur Verfügung gestellt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, den neuen Vertrag zur Überlassung des Städtischen Preußen-Stadion mit dem SC Preußen 06 e. V. Münster abzuschließen.

Kosten/Folgekosten

Der Stadt Münster entstehen aus dem Vertragsabschluss mit dem SC Preußen 06 e. V. Münster Kosten von 139 322,50 €.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die Kosten für den Betrieb und die Unterhaltung werden unter der bereits vorhandenen Haushaltsstelle 5621.718.0000.X „Zuschuss SC Preußen 06 Münster Betrieb/Unterhaltung des Stadions“ bereitgestellt.

Punkt 5.3 der Tagesordnung V/0447/2006

Erweiterung Bauspielplatz Feldstiegenkamp

Herr Möller erläuterte die in den vorberatenden Gremien einstimmig beschlossenen Änderungen gegenüber der Vorlage. Der Beschlussvorschlag sei wie folgt ergänzt worden:

Unter Beschlusspunkt 4. wird ein neuer Absatz eingefügt:

„Die Verwaltung wird beauftragt, den behindertengerechten Ausbau des WC/Duschraumes im Zuge der Neubaumaßnahmen zu realisieren. Die Bausumme erhöht sich darum um 2.870 Euro inkl. MWSt.“

Beschlusspunkt 5. wird wie folgt neu gefasst:

„Es wird zur Kenntnis genommen, dass einmalig Investitionskosten gemäß der Kostenberechnung nach DIN 276 vom 20.07.2006 (Anlage 5) in Höhe von ~~115.000 €~~ **117.870 €** entstehen.“

Der Beschlusspunkt zur Finanzierung/Mittelbereitstellung wird wie folgt neu gefasst:

Ausgaben				
Haushalts- stelle	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkung
	Kameraler Haushalt			
4605.940.1000.2	Baukosten Erweiterungsbau Feldstiegenkamp	2006	115.000,00 117.870,00	außerplanmäßige Mittelbereitstellung
Insgesamt:			115.000,00 117.870,00	

Anschließend ließ der Ausschussvorsitzende, Herr Ratsherr Reiter, über die Vorlage inkl. der dargestellten Änderungen abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften beschloss einstimmig, dem Rat die folgende, geänderte Beschlussfassung zu empfehlen:

Sachentscheidung

1. Die Erweiterung der Gebäude auf dem Bauspielplatz Feldstiegenkamp wird nach Plänen des Architekturbüros Ubbenhorst & Westphal aus Münster, vom 02.06.2006 ausgeführt (s. Anlage 1 - 5 – Entwurfspläne, Baubeschreibung und Kostenberechnung vom 20.07.2006).
2. Die Checkliste zur Berücksichtigung bauökologischer Kriterien wird zur Kenntnis genommen (Anlage 6).
3. Die Erläuterungen zur Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen werden zur Kenntnis genommen.
4. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Bauausführung schnellstmöglich erfolgt.

Die Verwaltung wird beauftragt, den behindertengerechten Ausbau des WC/Duschraumes im Zuge der Neubaumaßnahmen zu realisieren. Die Bausumme erhöht sich darum um 2.870 Euro inkl. MWSt.

Kosten/Folgekosten

5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass einmalig Investitionskosten gemäß der Kostenberechnung nach DIN 276 vom 20.07.2006 (Anlage 5) in Höhe von ~~115.000 €~~ **117.870 €** entstehen.
6. Der Errichtungsbeschluss gem. Vorlage Nr. V/0349/2006/1. Erg. vom 21.06.2006, wird hinsichtlich der Baukostenhöhe modifiziert. Es werden weitere 15.000 € außerplanmäßig bereitgestellt. Deckung erfolgt durch Sperrung bei Hast. 4640.940.4050.2 „Bauk. Kita Handorf-Dorbaum“.

Zusätzliche Folgekosten entstehen nicht.

Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Ausgaben				
Haushaltsstelle	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkung
	Kameraler Haushalt			
4605.940.1000.2	Baukosten Erweiterungsbau Feldstiegenkamp	2006	115.000,00 117.870,00	außerplanmäßige Mittelbereitstellung
Insgesamt:			115.000,00 117.870,00	

Punkt 6 der Tagesordnung**Liegenschaften****Punkt 6.1 der Tagesordnung
V/0520/2006****Zentrumserweiterung südlich der St. Anna Kirche
in Mecklenbeck**

Herr Bartmann führte in die Vorlage ein und erläuterte die als Tischvorlage an die Ausschussmitglieder verteilte Schnellmeldung der Bezirksvertretung Münster-West. Dabei führte er auch

aus, dass die beiden Änderungen der Bezirksvertretung aus Sicht der Verwaltung zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erforderlich, aber auch nicht schädlich seien, da das Bebauungsplanänderungsverfahren und damit ein höherer Detaillierungsgrad noch ausstehe. Nach kurzer Diskussion im Ausschuss darüber, ob die Vorlage geschoben werden solle, ließ Herr Ratsherr Reiter über die Vorlage abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften empfahl dem Hauptausschuss einstimmig, die folgende Beschlussfassung anzunehmen:

Sachentscheidung:

1. Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Stadtplanung, Verkehr und Wirtschaft beschließt folgende Entwicklungsziele und städtebaulichen Rahmenbedingungen für die Zentrums-erweiterung südlich der St. Anna Kirche als verbindliche Vorgaben für ein durchzuführendes zweistufiges Bewerberauswahl- und Realisierungsverfahren:
 - Zentrale Zielsetzung ist der Ausbau des Stadtteilzentrums mit einem multifunktionalen Nutzungsangebot bestehend aus Einzelhandel, Dienstleistungen und Wohnen.
 - Die Erdgeschossflächen sollen überwiegend für gewerbliche Zwecke vorgesehen werden. Gastronomieangebote sind in untergeordnetem Umfang hier ebenfalls zulässig.
 - Der Einzelhandel soll ein möglichst breites Angebot von typischen Grundversorgungssortimenten umfassen.
 - Ein Standort für einen Lebensmittel-Discounter mit max. 1.000 qm Verkaufsfläche und max. 70 zugeordneten Stellplätzen ist nachzuweisen.
 - Die nördliche, westliche und südliche Grundstücksseite sind durch eine II- geschossige Bebauung zu fassen. Zulässig ist ein ergänzendes Staffelgeschoss. Die hofartige Bebauung soll sich zum Dingbänger Weg orientieren bzw. öffnen.
 - Die Anforderungen an den Immissionsschutz für die Wohnnutzung in der Nachbarschaft zum Plangebiet sind durch geeignete bauliche bzw. organisatorische Maßnahmen zu berücksichtigen.
 - Die Haupteinschließung ist vom Dingbänger Weg aus vorzusehen. Lieferverkehre sind ausschließlich hierüber abzuwickeln. Eine untergeordnete zusätzliche Erschließung ist von der Brockmannstraße aus einzuplanen.
 - Die Ansprüche der in einem Stadtteilzentrum zu erwartenden Fuß- und Radverkehre sind bei der Gestaltung der Verkehrsflächen zu berücksichtigen.
2. Je Bewerbung ist der Nachweis von Entwickler, Endinvestor und qualifiziertem Architekturbüro erforderlich.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Ausschreibung der Grundstücksflächen die liegenschaftlichen Rahmenbedingungen alsbald zum Beschluss in nichtöffentlicher Sitzung vorzulegen (Ratsvorlage V/0414/2006).
4. Die Verwaltung wird beauftragt, ein zweistufiges Auswahl- und Realisierungsverfahren (Qualifizierung und Konkretisierung) für den Ausbau des Zentrums durchzuführen. Nach Abschluss der Qualifizierungsphase sind alle Bewerbungen in einer öffentlichen Bürgerinformation vorzustellen.

Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass keine Kosten entstehen.

**Punkt 6.2 der Tagesordnung
V/0563/2006**

**Gestaltung des Seihofteiches im Baugebiet Roxel-
Nord**

Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften nahm den Bericht der Verwaltung einstimmig zur Kenntnis.

**Punkt 6.3 der Tagesordnung
V/0613/2006**

Sachstand City-Projekt "Stubengasse + Umfeld"

Herr Ratsherr Kersting (ödp) stellte zur Vorlage folgenden Antrag:

„Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften möge beschließen keine weiteren Gespräche mit dem Investor Harpen AG zu führen, mit dem Ziel das Areal City-Projekt „Stubengasse + Umfeld“ nicht zu bebauen und von weiteren Planungen abzusehen.“

Der Ausschussvorsitzende, Herr Ratsherr Reiter, ließ über diesen Antrag abstimmen. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften lehnte diesen Antrag bei Für-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen/GAL, ödp) mehrheitlich (CDU, SPD, FDP) ab.

Anschließend nahm der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

Daraufhin beendete der Ausschussvorsitzende, Herr Reiter, den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.25 Uhr.

gez.

Udo Reiter
Vorsitz

gez.

Frank Möller
Schriftführung